

Mein

NEWSLETTER aus Gemünden & Berlin

Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages

NOVEMBER 2015

**Liebe Leserin,
liebe Leser,**

Auch in diesem Monat war ich wieder viel unterwegs in meinem Wahlkreis Main-Spessart/Miltenberg und in meinen Betreuungswahlkreisen Aschaffenburg und Würzburg.

Trotz viel Fahrerei mit dem Pkw (ich bin ein VW Betroffener - besser gesagt mein Auto) und manchmal auch mit meiner Eisenbahn macht mir die Arbeit

in unserer Heimat sehr viel Freude. Ich komme in alle Winkel unserer Heimat, treffe spannende Menschen, bekomme Einblicke in hochinteressante Firmen, Institutionen und Vereine und nehme dabei immer auch etwas mit für meine Arbeit - aber auch für mich als Mensch.

Ich hoffe, meine Newsletter können ein wenig von dieser Leidenschaft rüberbringen.

Solidarische Grüße



INHALT

- 2 ... Klartext: Flüchtlinge
- 3 ... Unterwegs in Mainfranken
- 4 ... Franziskas Post aus den USA
- 5 ... Firmenbesuche
- 6 ... Langzeitarbeitslose
- 6 ... SuedLink: Erdverkabelung
- 7 ... Notfallversorgung
- 8 ... Bundeshaushalt 2016
- 9 ... MdL-Gastbeiträge

KONTAKT/IMPRESSUM

Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13
97737 Gemünden
Tel. 09351 6036563
Fax 09351 6058298
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 73434
Fax 030 227 76433
bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

V.i.S.d.P.:

Bernd Rützel, MdB
Obertorstraße 13
97737 Gemünden



Am Tag der Deutschen Einheit traf ich Papst Franziskus beim Rundgang des SPD-Bezirksvorstands über die Mainfrankenmesse. Mehr zum Rundgang auf Seite 3.

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Die Lage der Flüchtlinge hier in Deutschland ist das Thema, das derzeit alle von uns bewegt und herausfordert. Die ersten Reaktionen der Deutschen auf die vielen Flüchtlinge

waren offene Herzen und Optimismus. Fast jeder zweite Deutsche hat mittlerweile entweder für die Flüchtlinge gespendet oder ist in irgendeiner Weise selbst aktiv geworden.

Das ist das größte zivilgesellschaftliche Engagement, das wir in unserem Land je erlebt haben.

Aber neben diesem anhaltenden Engagement haben sich auch viele Ängste und Sorgen in der Mitte unserer Gesellschaft entwickelt. Wenn man mit den Helfenden spricht, ist vielerorts auch von Überforderung die Rede, von Müll auf den Straßen, von Bedrohungssituationen und Regelverletzungen – das ist aber weitab von fremdenfeindlichen Tendenzen. Das stimmt mich am Ende trotzdem optimistisch – gleichwohl wird deutlich, dass wir auch hier gefordert sind.

Oft helfen kleine unbürokratische Maßnahmen: Mancherorts werden die Straßenlaternen nachts nicht mehr abgedimmt. Das stärkt das subjektive Sicherheitsgefühl. Die Polizei hat an vielen Orten die Präsenz erhöht, sodass sie bei Konflikten schnell eingreifen kann. Was ich sagen will, ist: Man kann etwas gegen Ängste unternehmen. Wir dürfen die Probleme nicht verschweigen, sonst wenden sich die Bürger von der Politik ab und gehen zu Pegida oder rennen dem Populisten Seehofer hinterher, der nur poltert aber nichts tut.

KLARTEXT

Flüchtlinge in Deutschland: Ohne Angst und ohne Illusion

Das Motto „Wir schaffen das“ ist ein guter Appell an die ehrenamtlichen Helfer, aber das darf keine bloße Durchhalteparole werden. Der Staat muss jetzt sagen: Wir machen das, habt

daher keine Angst. Das erwarten die Menschen von uns. Ich bin deshalb froh, dass wir gemeinsam im Bundestag ein Asylpaket verabschiedet haben, auch wenn der ein oder andere Punkt, den die Union drin haben wollte, uns nicht so gut gefällt. Unser Ziel: Flüchtlinge mit Bleiberecht sollen schnell integriert und die ohne Bleiberecht schnell zurückgeführt werden. Wir sind uns einig, dass die Geschwindigkeit, mit der die Flüchtlinge zu uns kommen, deutlich verringert werden muss. Auch wollen wir bessere Kontrollen an der Grenze. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen bei all den Turbulenzen und Verwerfungen, die jetzt auf uns zukommen mögen, nicht das Gefühl haben, dass wir die staatliche Ordnung preisgeben oder dass wir die Schwachen gegeneinander ausspielen. Wenn wir z.B. den Sozialen Wohnungsbau ankurbeln, dann hilft das in erster Linie den bedürftigen Deutschen, aber eben auch den anerkannten Asylbewerbern.

Wenn wir es richtig anpacken, werden viele der heutigen Flüchtlinge langfristig die Fachkräfte von morgen. Dann können sie die Probleme der demographischen Entwicklung lindern helfen und zu unserem Wohlstand beitragen. Eines ist klar: Wir haben nicht die rosarote Brille auf, wir sind Realisten. Wir verbreiten keine Angst wie Seehofer & Co, wir haben aber auch keine Illusionen, dass noch viel Arbeit auf uns wartet.

Packen wir's an!

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



MAINFRANKENMESSE

Walter Kolbow hatte in seiner Zeit als Bezirksvorsitzender die schöne Tradition begründet, zusammen mit dem Bezirksvorstand über die Mainfrankenmesse zu gehen. Diese Tradition habe ich wieder aufleben lassen. Auf der unterfränkischen Leistungsschau hatten wir viele gute Kontakte und Gespräche mit Start-ups, dem Bauernverband (Foto), caritativen Verbänden, der AOK und natürlich der AWO.



BROTZEIT, BIER & POLITIK

Um näher dran zu sein an den Sorgen, Nöten und natürlich auch Ideen und Vorschlägen aus den Ortsvereinen, habe ich die neue Gesprächsreihe „Brotzeit, Bier & Politik“ ins Leben gerufen. „Brotzeit, Bier und Politik“ bedeutet, dass ich mir - auf Einladung der SPD vor Ort - im kleinen, gemütlichen Rahmen Zeit nehme für unsere Genossinnen und Genossen und gerne auch deren Gäste, wenn sie es öffentlich machen wollen. Es können die großen politischen Themen diskutiert oder einfach nur über „Gott und die Welt“ geplaudert werden. Ich bringe gerne die nötige Zeit mit, Brotzeit, Bier und auch andere Getränke können vor Ort selbst zahlend von der Speisekarte bestellt werden.

Der erste Termin war am 27.10. in Mittelsinn (Foto rechts oben), der zweite tags drauf in Lohr (Foto rechts unten). Die Diskussi-



onen waren sehr anregend und natürlich auch mal kontrovers. Und man kann sagen, dass dieses Format genau das möglich macht, was ich mir vorgenommen hatte: den direkten Draht zur Basis zu intensivieren.

Ich freue mich auf die nächsten Termine im Landkreis Miltenberg und in Main-Spessart!



Vor Ort in

UNTERFRANKEN



FRANZISKAS POST AUS DEN USA

Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – diese einzigartige Kombination bietet das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). Auf meine Einladung mit dabei: Franziska Ritter aus Gemünden-Adelsberg, die seit August nun für ein Jahr in Boston leben wird. Hier ihr dritter Bericht aus den USA:

USA everywhere! On the entrance of houses, stores, buildings and in our classrooms are American flags. In school we stand up in the beginning of the second block and we pledge allegiance to the flag. "The Pledge of Allegiance" is an allegiance to the nation and the American flag. This is not the only way that Americans show nationalism. We could not miss the American-Day in our Spirit Week in school, too! Most of the students came to school with the flag of the United States, clothes in blue, white, red

and all the other things with a flag on it. In between our classes they played music and in the morning we sang the national anthem. It was a great spirit! In this week we dressed up every day to another theme and we could use all our imagination. We had so much fun!

See you, Franziska

USA Überall! An Häusern, Geschäften, Gebäuden und in den Klassenzimmern hängen USA-Flaggen. Außerdem stehen wir jeden Morgen in der Schule vor der zweiten Stunde auf und sagen den "Pledge of Allegiance" (Das ist das Treuegelöbnis gegenüber der Nation und der Flagge der USA). Nicht nur daran merkt man, dass die Amerikaner sehr nationalstolz sind. Der America-Day in der Spi-



rit Week durfte natürlich auch nicht fehlen. Die meisten Schüler sind am America-Day mit USA-Flagge und weiß, blau, roter Kleidung in die Schule gekommen oder allen möglichen anderen Sachen auf denen eine Flagge zu sehen war und zwischen den Stunden lief Musik. Am Morgen haben wir alle zusammen die Nationalhymne gesungen. Es herrschte in der Schule eine tolle Atmosphäre. In der Woche hatten wir uns jeden Tag zu einem anderen Thema verkleidet und man konnte seiner Fantasie freien Lauf lassen! Das hat uns total viel Spaß gemacht.

Bis bald, Franziska

STERBEHILFE- DISKUSSION

Anfang Oktober informierten meine Bundestagskollegin Kerstin Griese und ich in Würzburg über die im Bundestag eingebrachten Gesetzentwürfe zur Regelung der Sterbehilfe. PalliativmedizinerInnen, Hospizvereine, VertreterInnen der Kirchen und interessierte Bürgerinnen und Bürger nutzen die Gelegenheit zum Austausch. Es war ein sehr intensiver, teils auch emotionaler Abend mit hoch interessanten GesprächspartnerInnen. Mehr dazu auf meiner Homepage www.bernd-ruetzel.de!

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



AUSSTELLUNGEN IN GEMÜNDEN UND WÜRZBURG

Der Oktober war „mein“ Ausstellungsmonat. Nach Gemünden brachte ich die Ausstellung zu „25 Jahre Deutsche Einheit“, die mit historischen Zeitungsbeiträgen der örtlichen Mainpost-Redaktion und mit persönlichen Fotos und Materialien Gemeinder Bürgerinnen und Bürger aufgewertet wurde. Im Beisein dreier Schulklassen war die Eröffnung ein voller Erfolg. Danke an alle Beteiligten!

In Würzburg in der Zentrale der Sparkasse Mainfranken konnte man die Ausstellung „Militär und Gesellschaft in Deutschland seit 1945“ sehen. Festredner war Walter Kolbow, der persönliche Erinnerungen mit dem großen historischen Bogen verknüpfte, den er von 1945 bis heute spannte. Danke hierfür. Auch der Sparkasse gilt mein besonderer Dank für die Gastfreundschaft!



FIRMENBESUCHE IN MILTENBERG UND GROßWALLSTADT



oben rechts: Firma Konrad Schließtechnik, darunter: Zentec



Mit dem Vorsitzenden der Kreistagsfraktion, Roland Weber, und dem Vorsitzenden des Wirtschaftsclubs der BayernSPD, Dr. Heinz Kaiser, besuchte ich in Miltenberg die Firma Konrad Schließtechnik. Von Kfz-Schließsystemen bis hin zu Sicherheits-Komplettlösungen für Firmen und Privathäuser ist die Firma breit aufgestellt. Fazit: Super Team, super Produkte. Weiter so!



Danach ging es zum „Tag der Elektromobilität“ nach Großwallstadt zu Zentec, dem Zentrum für Technologie, Existenzgründung und Cooperation, wo ich mich mit Geschäftsführer Dr. Gerald Reimann über die Chancen und Möglichkeiten der Elektromobilität austauschte. Ein spannendes Feld, in das wir viel mehr investieren müssen, damit die deutsche Automobilindustrie nicht weltweit abgehängt wird.

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



50 ARBEITSPLÄTZE FÜR LANGZEITARBEITSLÖSE

Anfang Oktober besuchte ich das Jobcenter Stadt Aschaffenburg. Das Wirken der Jobcenter bei der Integration Hilfebedürftiger in das Arbeitsleben und zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes der Bedarfsgemeinschaften ist für eine Gesellschaft enorm wichtig. Mit Geschäftsführer Christian Wolf habe ich aktuelle Entwicklungen besprochen.

Insbesondere das bereits von mir aktiv unterstützte Projekt **„Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“** für Menschen, die schon mehrere Jahre Leistungen des Jobcenters beziehen und gesundheitliche Einschränkungen oder Kinder zu betreuen haben, kommt gut voran. 50 gemeinnützige, wettbewerbsneutrale Arbeitsplätze können für zusätzliche Arbeiten gefördert werden.

Dafür liegen bereits 38 Anfragen vor. Ein erster Erfolg, der mich sehr freut!

Ich bin mir mit Herrn Wolf einig, dass die Flüchtlingswelle durch die Beschleunigung der Asylanerkennungsverfahren bereits in wenigen Wochen bei den Jobcentern ankommen werden. Zur Bewältigung der Aufgaben wird qualifiziertes Personal benötigt.

Ich setze mich dafür ein, dass die von der Bundesregierung für diesen Zweck eingeplanten 2.800 Stellen und Finanzmittel von 750 Millionen Euro bundesweit in der Weise auf die Jobcenter verteilt werden, dass sie der zahlenmäßigen Verteilung der Flüchtlinge auf die Gemeinden entspricht. Die übliche jährliche Verteilung der Bundesmittel folgt einem anderen Mechanismus und würde die Jobcenter in Aschaffenburg benachteiligen.

SUEDLINK: ERDVERKABELUNG ERHÄLT VORRANG

Nach dem Energie-Koalitionskompromiss vom September liegt nun der Entwurf für entsprechende Änderungen im Energieleitungsbaurecht vor. Er war bereits Gegenstand einer öffentlichen Anhörung im Deutschen Bundestag. Die Sachverständigen waren sich einig, dass am Ausbau des Stromnetzes in Deutschland zum Gelingen der Energiewende kein Weg vorbei führt.

**Für die Region wichtig:
SuedLink wird laut
Gesetz vorrangig mit
Erdkabeln statt mit
hohen Masten errichtet.**

Mein Einsatz hat sich gelohnt. Diese Gesetzesänderung ist ein Erfolg sowohl der Proteste als auch unserer politischen Bemü-



Gruppenbild mit 100 Mädels, fotografiert nach einer eineinhalbstündigen Diskussion über Asylpolitik, Krieg und Frieden, Hartz IV und vieles mehr mit den zehnten Klassen der Maria-Ward-Realschule der „Englischen Fräuleins“ in Würzburg.

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



hungen – ein Erfolg für Mensch und Natur. Ich bin stolz und froh, dass es mir und meinem MdB-Kollegen Alexander Hoffmann gelungen ist, den Vorrang für die Erdverkabelung in das neue Gesetz aufzunehmen.

An der Anhörung in Berlin nahmen auch der Bundesvorsitzende der Bürgerinitiativen gegen Suedlink, Guntram Ziepel, und seine Vorstandskollegin Veronika Papenhagen-Stannick, teil.

Der geänderte Gesetzesentwurf zum Ausbau von Energieleitungen sieht grundsätzlich Erdkabel vor. Freileitungen soll es nur in Ausnahmefällen geben. Dies können etwa Naturschutzgründe sein oder der ausdrückliche Wunsch betroffener Kommunen.

Ein Umdenken hat offenbar auch beim Netzbetreiber TenneT stattgefunden. Während der Anhörung zeigte Geschäftsführer Lex Hartmann klar auf, dass die Erdkabellösung die Planung der Trasse nicht nur beschleunigt, sondern aus volkswirtschaftlichen Gründen auch eine Kostensenkung mit sich bringt. Aufgrund der voraussichtlich geringeren Zahl von Klagen im Planfeststellungsverfahren sei eine Verfahrensbeschleunigung zu erwarten. Darüber hinaus werde die Trassenlänge kürzer.

Die Sachverständigen machten deutlich, dass moderne Erdkabel eine Trassenbreite von nur fünf bis sieben Metern erforderten. Auch die Kosten liegen inzwischen deutlich geringer als zunächst vermutet. Das haben Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums ergeben. Statt einer Verachtfachung ist die Verkabelung nur zwei- bis viermal so teuer wie eine Freileitung.

Ich habe von Anfang an betont, dass die Energiewende den Ausbau der Stromnetze unvermeidbar macht. Notwendigkeiten müssen akzeptiert und gestaltet werden. Ich habe mich immer dafür eingesetzt, die Belastungen für Mensch und Natur möglichst gering zu halten. Der Erdkabelvorrang ist hierfür der richtige Weg. Vor dem Jahr 2016 wird TenneT wohl keine neuen Vorschläge zum Trassenverlauf unterbreiten. Sicher ist, dass ich die weiteren Planungen ganz eng begleiten werde.

NOTFALLVERSORGUNG ERHALTEN

Mit Franz Wolf, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, war ich zu Gast beim Personalrat des Klinikums Main-Spessart. Dort diskutierten wir auch mit Mitgliedern der Klinikleitung die Veränderungen im Gesundheitsbereich.

Eng verknüpft mit der Frage, ob sich der Landkreis künftig alle drei bestehenden, zwei oder doch nur einen Standort für das Klinikum leisten will und kann war die Diskussion um die Notfallversorgung. Da es immer weniger Ärzte auf dem Land gibt, werden die Kliniken mit ihrer Notfallversorgung immer wichtiger. Wenn man zentralisiert, ist die weitere Nutzung der freiwerdenden Häuser der wichtigste Punkt der Reform vor Ort. Dabei muss die Notfall-Nahversorgung in der Fläche unbedingt erhalten und mit einer sinnvollen weiteren Nutzung der dann freien Gebäude verknüpft werden.



Aus dem PARLAMENT



NEUER HAUSHALT

Im Haushaltsentwurf von CDU/CSU und SPD sind für das Jahr 2016 Ausgaben in Höhe von 312 Milliarden Euro geplant. Das sind 10,4 Milliarden Euro mehr, als in diesem Jahr vorgesehen sind. Der Entwurf sieht aber keine Aufnahme neuer Kredite vor. Dem Ausgabenplus stehen geplante Steuermehreinnahmen in Höhe von 10,62 Milliarden Euro gegenüber.

Damit trägt der Bund maßgeblich dazu bei, das Ziel zu erreichen, die gesamtstaatliche Schuldenquote innerhalb von zehn Jahren auf unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu senken – so wie es die europäischen Regelungen vorschreiben.

Dem florierenden Arbeitsmarkt und der Zinsersparnis (allein in diesem Jahr 20 Milliarden Euro) ist es zu danken, dass die Lage in Deutschland so gut ist. Deshalb können die Herausforderungen durch die Flüchtlingskrise gemeistert werden. Positiv wirkt sich auf den Haushalt die hohe Binnennachfrage aus, die auch mit dem von der SPD durchgesetzten Mindestlohn zusammenhängt. Trotz schwarzer Null: Weitere Investitionen des Staates bei der Infrastruktur ebenso wie etwa beim Kitausbau müssen her, hier dürfen wir nicht nachlassen!

Die Koalition stärkt vor allem Ausgaben in die öffentliche Infrastruktur, Energieeffizienz, Bildung und Kinderbetreuung.

Zugleich sind die steuerlichen Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger mit mehr als 5 Milliarden Euro durch die Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes, des Kinderzuschlags und des Alleinerziehendenfreibetrages im Haushalt berücksichtigt.

Wichtig bleibt die Unterstützung für finanzschwache Kommunen. Bereits 2015 haben wir 3,5 Milliarden für einen Kommunalinvestitionsfonds bereit gestellt.

Auch die innere Sicherheit wird durch zusätzliche Mittel erheblich gestärkt, zum Beispiel für die Sicherheitsbehörden wie das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei und das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie für den Bereich der Cybersicherheit.

Die aktuelle Situation zeigt, wie wichtig die seriöse Finanzpolitik der vergangenen zwei Jahre war.

Für uns als SPD bedeutet das: Solide Finanzen und eine wachstumsorientierte, impulsgebende Finanzpolitik schließen sich nicht aus. Im Gegenteil, sie bedingen einander.



Im Stadttheater Aschaffenburg

Mit der Spitze unserer SPD-Landtagsfraktion war ich Anfang Oktober in Unterfranken unterwegs. Eine Station war das Stadttheater Aschaffenburg.

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



MdL Martina Fehner

Tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Abgeordnete für AB-West und Betreuungsabgeordnete für Aschaffenburg-Ost und Miltenberg

Liebe Leserinnen und Leser,

unter dem Motto „Region Untermain

– Anforderungen an die Landespolitik“ stand der Besuch des Fraktionsvorstands der SPD-Landtagsfraktion in Aschaffenburg. Dieser Besuch verdeutlichte auch innerhalb der Fraktion noch einmal die große wirtschaftliche Bedeutung der Region am Bayerischen Untermain.

Unser Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher versprach abends in Würzburg auf unserem Empfang für Flüchtlingshelferinnen eine „Flüchtlingspolitik des warmen Herzens und des kühlen Sachverstandes“. Er lobte das große Engagement der vielen Ehrenamtlichen in den Kommunen und der Politiker vor Ort. Der Fraktionschef betonte außerdem, Bayern müsse ein Land der produzierenden Industrie bleiben: „Allein mit Dienstleistungen werden wir unseren Wohlstand und die Arbeitsplätze nicht weiterentwickeln können.“ Rinderspacher



Bei der PSI AG, dem europäischen Marktführer bei Energieleitsystemen erhielten wir einen beeindruckenden Einblick in die Steuerung der Energieversorgung in Deutschland und Europa.

warb dafür, den Städten und Gemeinden größere Anteile an den Steuereinnahmen zu geben: „Der Freistaat ist viel zu zentralistisch organisiert. Die Entscheidungen über Vorhaben sollten stärker vor Ort getroffen werden. Und dafür benötigen die Kommunen natürlich auch Geld.“

Um die Zukunftsfähigkeit von Industrieunternehmen in Zeiten der Digitalisierung ging es bei der Betriebsbesichtigung der Aschaffener PSI AG, dem europäischen Marktführer bei Energieleitsystemen für Strom, Gas, Wärme, Öl und Wasser.

Martina Fehner, MdL

Abgeordnetenbüro

Martina Fehner, MdL

Goldbacher Straße 31, 63739

Aschaffenburg, Tel: 06021 22244,

Fax: 06021 451604,

buergerbuero@martina-fehner.de

MdL GEORG ROSENTHAL

Sprecher der unterfränkischen SPD-Abgeordneten im Bayerischen Landtag, Abgeordneter für Würzburg-Stadt und Betreuungsabgeordneter für MSP

Fränkisches Landesmuseum auf der Festung Marienberg: Eine fränkische Identitätsfabrik des Freistaats braucht niemand

„Würzburg im Landesmuseum? Wer erzählt die Stadtgeschichte?“, war das SPD-Bürgergespräch über die Zukunft des Mainfränkischen Museums überschrieben. Mit der Einrichtung eines Fränkischen Landesmuseums auf der Festung droht eine Verstaatlichung der Geschichte der Stadt und Unterfrankens.

Käme es soweit, dann wäre Würzburg eine der wenigen Städte in Bayern ohne eigenes Stadtmuseum. Zahlreiche Sammlungsstücke aus den unterfränkischen Landkreisen würden im Depot



Vor Ort in

UNTERFRANKEN



verschwinden. Die Teilnehmer auf dem Podium sparten vor etwa 90 aufmerksamen Zuhörern daher auch nicht mit Kritik an den Plänen der Staatsregierung.

Für den Museologen Professor Guido Fackler ist das Konzept des Fränkischen Landesmuseums als einer Art „fränkischer Identitätsfabrik“ heute überholt. Auch Stadtheimatspfleger Dr. Hans Steidle betonte die Vielfalt fränkischer Geschichte. Die dürfe man nicht München überlassen.

Und was soll zukünftig auf der Festung überhaupt zu sehen sein? Zwar gibt es eine Sammlung mit über 70.000 Exponaten aus Dauerleihgaben, doch die beschränkt sich weitgehend auf das Hochstift Würzburg.

Dr. Hans-Peter Trenchel, der frühere Leiter des Mainfränkischen Museums, bezweifelt, dass sich damit ganz Franken abdecken lässt.

Für Museumsleiterin Dr. Claudia Lichte ist entscheidend, dass sich auch die Menschen der Region darin wiederfinden. Ohne Beteiligung der Bürger wird das jedoch nicht gelingen.

MdL VOLKMAR HALBLEIB



Haushaltspolitischer Sprecher und Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Abgeordneter für WÜ-Land und Betreuungsabgeordneter für Kitzingen

Liebe Leserinnen und Leser,

die Diskussion über den Nachtragshaushalt 2016 erfolgte auch mit dem Blick auf die Herausforderungen durch die Flüchtlingskrise. Großen Änderungsbedarf gibt es bei der Wohnungspolitik - und zwar nicht nur in Bezug auf Flüchtlinge. Die Ankündigung der CSU, binnen vier Jahren 28.000 zusätzliche staatlich geförderte Wohnungen zu bauen, wird nicht reichen. Nach unseren Berechnungen bräuchten wir bis 2020 rund 100.000 neue, bezahlbare Wohnungen im Freistaat, mindestens aber 50.000 in den nächsten vier Jahren. Die Gesamtsumme der bayerischen Landesmittel für Wohnraumförderung sank seit 1993 von 347

Millionen auf aktuell 158 Millionen Euro. „Und für kommendes Jahr ist hier von der CSU kein Cent an Aufstockung vorgesehen. Ein falsches Signal, finde ich.“

Im Bereich Schulen und Erwachsenenbildung sehe ich erheblichen Nachbesserungsbedarf am Nachtragshaushaltsentwurf. Ich finde, wir müssen täglich zeigen, dass eine solidarische Flüchtlingspolitik nicht bedeutet, dass andere unter ihr leiden müssen, weil sie vernachlässigt werden.

Auch deshalb fordern wir 700 weitere Lehrerstellen gegenüber dem CSU-Entwurf und 100 zusätzliche Schulpsychologen, um die Integration zu beschleunigen. Für marode staatliche Schulgebäude, Straßen und Brücken wollen wir 65 Millionen Euro für deren Erhalt und Sanierung bereitstellen. Auch in den Ausbau von Bus- und Bahnverbindungen muss kräftig investiert werden, ebenso in die Beratung für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen, in ausreichend Plätze in der Kinderbetreuung und in den Verbraucherschutz.

Mit besten Grüßen
Volkmar Halbleib

Bürgerbüro Volkmar Halbleib

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030
E-Mail: volkmar-halbleib@bayernspd-landtag.de

Abgeordnetenbüro

Georg Rosenthal

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 99110-161, Fax: -162
buergerbuero@georg-rosenthal.de